

Ausbau von Windkraft und Photovoltaik



© Simon Kraus - stock.adobe.com

ERNEUERBARE ENERGIEN

Stellungnahme

Wir haben die große Zahl an Kommentaren ausgewertet und die Themenlandkarte ergänzt.

[Themenlandkarte Planung Windkraft und Photovoltaik \(4. Mai 2023, PDF\)](#)

[Themenlandkarte mit Ergänzungen in rot \(4. Mai 2023, PDF\)](#)

[Zur beendeten Onlinekommentierung...](#)

Neben den Ergänzungen haben wir folgende Punkte korrigiert:

- Dem Ukraine-Krieg haben wir noch um andere, zukünftige Krisen angefügt.
- Bei „Wind weht immer“ haben wir konkretisiert: „Wind und Sonne sind unerschöpflich“
- Bei „Bürgerinnen und Bürger können teilhaben“ haben wir die Forderung eingefügt, dass sie beteiligt werden sollen.

Den Punkt „Regionale Spezifika“ haben wir aufgelöst, da es dort keine wesentlichen Ergänzungen gab. Wir haben den Punkt in die „Kriterien der Regionalplanung“ als „weitere regionale Spezifika“ eingefügt. Es ist Aufgabe der Regionalplanung, die relevanten regionalen Aspekte in die Planung einzubeziehen und diese im Regionalplan bei der Festlegung der Gebiete schließlich sachgerecht abzubilden.

Wir haben noch einige andere Forderungen der Vollständigkeit halber aufgenommen, die mit dem aktuellen Vorhaben (Ausbau Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaik) in Verbindung stehen oder verwandt sind. Sie finden sich unter „Ausprägungen der Erneuerbaren Energien (EE)“ und bei

„Forderungen/Vorschläge“. Das sind aber auch Inhalte, die mit der Planungsoffensive nicht umgesetzt werden. Beispiel: Balkonkraftwerke mit ihren wenigen Quadratmetern Fläche können in der Regionalplanung maßstabsbedingt nicht betrachtet werden. Fortschritte bei der Ausstattung von Gebäuden mit Balkonkraftwerken und Abbau der Bürokratie bei privater Photovoltaik lassen sich über die Regionalplanung nicht erzielen.

Nicht aufgenommen haben wir unter anderem folgende Forderungen:

- Photovoltaik lieber an anderen Stellen wie privaten, gewerblichen oder öffentlichen Gebäuden oder an Straßen
- Lieber mehr Strom sparen, als Kapazitäten ausbauen.
- Geld eher für Klimaanpassungen ausgeben.
- Alle Vorschläge zur Nutzung von Abwärme, Geothermie, Solarthermie.
- Vorschläge/Debatte um Wärmewende/Heizungen

Das sind alles verständliche Forderungen. Sie tangieren aber nicht die Vorgaben – auch des Bundes – für den Ausbau von Windenergie und Photovoltaik. Die Landesregierung hat sich Ziele für den Ausbau der Photovoltaik **auf Gebäuden, auf Seen, Parkplätzen und an Straßen** gesetzt. Es gibt auch genügend Aktivitäten rund um das Stromsparen, **Klimaschutz** oder für **Klimaanpassungsmaßnahmen**. Im Bereich Wärmewende gibt es ebenfalls eine **Vielzahl von Aktivitäten**.

Wir haben auf die Beiträge geantwortet, bei denen wir Anregungen für die Themenlandkarte übernommen haben. Ansonsten wurde auf Kommentare nur dann geantwortet, wenn Sachverhalte klargelegt oder vermittelt werden sollten. Wir bitten um Verständnis, dass nicht auf jeden Kommentar reagiert werden kann.

Einige ausgewählte Themen haben wir aufgegriffen und geben dazu folgende Stellungnahmen ab:

Einwände zu Windhöffigkeit, Zwei-Prozent-Ziel ∨

Der Begriff der Windhöffigkeit bezeichnet das Windaufkommen an einem bestimmten Ort in einer bestimmten Höhe über Grund. Insbesondere im Nordosten von Baden-Württemberg und in den Höhenlagen des Schwarzwaldes und der Schwäbischen Alb sind gute Windhöffigkeiten vorhanden.

Beim Klimaschutz kommt es ganz wesentlich auf den Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien an. Im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz wurden daher Flächenziele für den Ausbau der Windenergie und der Freiflächen-Photovoltaik in Baden-Württemberg bestimmt. Diese stellen eine Mindestvorgabe dar und können im Interesse des Klimaschutzes auch überschritten werden. Um diese Flächenziele zu erreichen (1,8 Prozent Wind und mindestens 0,2 Prozent Freiflächen-Photovoltaik) wurde eine koordinierte Planungsoffensive der Regionalverbände gestartet. Ziel ist es spätestens bis 2025 mit den Planungsverfahren fertig zu sein.

In diesen Planungsverfahren werden eine Reihe von Eigenschaften geprüft, die die entsprechenden Flächen aufweisen müssen. Ein wesentlicher Aspekt ist, dass an diesen Flächen auch ausreichend Wind weht. Hier hat sich technisch viel getan: Seit 2013 werden speziell auf das Binnenland optimierte

Windenergieanlagen eingesetzt. Diese Anlagen markieren eine Trendwende beim Windstromertrag in Baden-Württemberg. Sie haben deutlich größere Nabenhöhen und deutlich größere Rotordurchmesser. Der Nutzungsgrad, also die Volllaststundenzahl, der neuen Anlagen ist im Vergleich zu älteren Anlagen (2012 und früher) deutlich gestiegen. Zeitgleich stieg die durchschnittliche Leistung der neugebauten Anlagen weiter an. Sowohl die durchschnittlichen Jahreserträge als auch die durchschnittlichen Volllaststunden bei den Anlagen, die ab 2013 in Betrieb gingen, sind deutlich gestiegen. Das ist auf den Einsatz moderner, standortangepasster Schwachwindanlagen zurückzuführen. Windkraft ist auch in Baden-Württemberg wirtschaftlich und lohnt sich für Kommunen und Projektierer. Die modernen Windenergieanlagen sind in Baden-Württemberg ähnlich ausgelastet. Sie erwirtschaften ähnliche Erträge wie in anderen Teilen Deutschlands. Baden-Württemberg ist sehr wohl „ein Windland“.

Der Windatlas Baden-Württemberg ist ein wichtiges Instrument für Planungsträger, Projektierer und Genehmigungsbehörden, um geeignete Standorte für die Windenergienutzung zu identifizieren. Die Karten und der zugehörige Bericht werden im erweiterten Daten- und Kartenangebot des Energieatlas Baden-Württemberg bereitgestellt.

Wichtig ist, dass mit dem zwei Prozentziel auf jeden Fall die Flächen definiert werden, die am geeignetsten sind. Das Flächenziel muss dabei in den Regionen erreicht werden, nicht in einem jeweiligen Land- oder Stadtkreis. Näheres regelt das [Klimaschutz-Gesetz in § 20](#).

Windenergie hat viele Vorteile. Sie ist eine erneuerbare Energiequelle. Sie versiegt niemals und ist daher eine nachhaltige Alternative zu fossilen Brennstoffen. Im Vergleich zu fossilen Brennstoffen produziert Windenergie während der Stromerzeugung keine Treibhausgase oder andere Schadstoffe, die zur Luftverschmutzung beitragen. Die Windenergie trägt zur dezentralen Stromerzeugung bei. Windenergieanlagen können auf verschiedenen Geländearten installiert werden. Geeignet sind alle Standorte mit ausreichendem Windangebot. Windenergieanlagen haben nur einen geringen Platzbedarf im Vergleich zu anderen Stromerzeugungsanlagen wie Kohle- oder Atomkraftwerken. Die Windenergieindustrie schafft Arbeitsplätze in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb und Wartung von Windenergieanlagen. Sie trägt damit zur regionalen Wirtschaftsentwicklung und Wertschöpfung bei. Windenergie macht die Energieversorgung unabhängiger von schwankenden Öl- und Gaspreisen. Sie stabilisiert damit die Energiekosten. Erneuerbare Energien produzieren günstiger Strom als Kohle oder Atomkraft.

Die Windenergie ist aus klimapolitischer Sicht für Baden-Württemberg unverzichtbar. Nur so können wir unsere Ziele aus dem Klimaschutzgesetz erreichen. Eine einzelne Anlage kann den Strombedarf von mehreren tausend Haushalten decken. Die Windenergie ist zu einem wichtigen Bestandteil der erneuerbaren Stromerzeugung geworden und hat noch deutliches Ausbaupotenzial.

[Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft: Windenergie in Baden-Württemberg \(PDF\)](#)

[Energieatlas Baden-Württemberg: Windenergie in Baden-Württemberg](#)

[Energieatlas Baden-Württemberg: Windatlas Baden-Württemberg 2019 \(PDF\)](#)

Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie. Atomkraftwerke (AKW) sind anfällig für menschliche Fehler, technische Störungen und Naturkatastrophen, wie uns Tschernobyl und Fukushima gezeigt haben. Zudem ist die Frage der Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen weiterhin ungeklärt.

Auch ist Kernenergie teuer. Wenn alle gesamtgesellschaftlichen Kosten einbezogen werden, liegt die Kilowattstunde Atomstrom bei 38 Cent je Kilowattstunde. Windstrom dagegen beispielsweise bei neun Cent. Atomkraft ist damit mehr als viermal so teuer wie die Windkraft. Zudem sind im Gegensatz zur Photovoltaik und Windkraft, bei denen in den letzten Jahrzehnten technische Fortschritte zur Senkung der Stromerzeugungskosten führten, die Kosten beim Bau von Kernkraftwerken stark gestiegen. Dies zeigen beispielsweise die europäischen Kraftwerksbauten im französischen Flamanville (derzeit 12,7 Milliarden Euro statt geplanter drei Milliarden), im finnischen Olkiluoto (elf statt geplant drei Milliarden Euro) oder im britischen Hinkley Point (bis zu 30 Milliarden Euro). Ferner hat sich die Bauphase bei den Projekten in Europa deutlich verlängert, was sich zusätzlich auf die Stromerzeugungskosten auswirkt.

Darüber hinaus ist Deutschland abhängig von anderen Ländern bei der Uranbeschaffung. Die bergbauliche Gewinnung von Uranerz und dessen Aufbereitung ist mit hohem Materialeinsatz und negativen Umweltauswirkungen verbunden. Das zeigt sich in Deutschland bei der Sanierung der Stätten in Thüringen und Sachsen, an denen früher Uranbergbau betrieben wurden. Die Beseitigung der gravierendsten Umweltauswirkungen benötigt Jahrzehnte und Kosten im zweistelligen Milliardenbereich. Des Weiteren besteht bei der Nukleartechnologie eine starke Abhängigkeit von Russland. Russland ist führend bei der Urananreicherung und der Fertigung von Brennelementen. Auch wird die sicherheitsrelevante Kühlung von Atomkraftanlagen aufgrund der vermehrten Wasserknappheit durch den Klimawandel immer schwieriger. Das schränkt den Betrieb von AKW maßgeblich ein.

Diese und noch weitere Punkte sprechen in der Abwägung gegen den Einsatz von Kernenergie. Insbesondere auch, da andere Alternativen für eine sichere und klimaneutrale Stromversorgung bestehen. Über diese Punkte hinaus ist die Atomkraft nicht flexibel einsetzbar. Aber genau diese Flexibilität ist in einem von erneuerbaren Energien dominierten Stromsystem wichtig.

Die „Dunkelflaute“ beschreibt Zeiten, in denen weder Sonne scheint noch Wind weht. Die Versorgungslücke durch Dunkelflauten ist eine Herausforderung für das Stromnetz und die Erneuerbaren Energien können diese nach derzeitigem Ausbaustand noch nicht allein bewältigen. Die Konzepte, welche eine wirksame Absicherung gegen wetterbedingte Lücken in der Energieversorgung ohne die Hilfe der konventionellen Stromerzeuger möglich machen, sind aber bereits vorhanden. Mit einer Kombination aus den verschiedenen technischen Lösungen wie dem verstärkten überstaatlichen Netzausbau, Ausbau von Speichern wie Pumpspeicherkraftwerke, Batteriespeicher oder auch durch die Flexibilisierung der Stromnachfrage kann die Energieversorgung auch während einer „Dunkelflaute“ sichergestellt werden. Baden-Württemberg ist eng in das deutsche und europäische Stromsystem eingebunden. Dies senkt nicht nur die Kosten, sondern stärkt auch die Versorgungssicherheit sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene: Der grenzüberschreitende Stromhandel ermöglicht es, Unterschiede in Verbrauch und Erzeugung besser auszugleichen. Dies gilt insbesondere bei einem steigenden Anteil fluktuierender erneuerbarer Stromerzeugung. So lassen sich beispielsweise Unterschiede in der Stromerzeugung europaweit wesentlich leichter ausgleichen als im nationalen oder regionalen Kontext. Auch Nachfragespitzen treten in Europa nicht immer zeitgleich auf. Der überregionale Ausgleich im europäischen Binnenmarkt ermöglicht ein hohes Maß an

Versorgungssicherheit bei deutlich geringerer vorzuhaltender Kapazität, was wiederum die Kosten senkt.

Durch Technologien wie Smart Metering, Lastmanagement und automatisierter Netzbetriebsführung tragen Smart Grids nicht nur zur effizienteren Nutzung von Strom bei, sie helfen auch, Engpässe im Netz zu vermeiden. Es werden alle verfügbaren Optionen und Technologien im Energiemix eines Landes berücksichtigt, um eine zuverlässige, kosteneffiziente und nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten.

[Deutschlandfunk: Auch Europas Nuklearindustrie kann nicht ohne Russland](#)

[Umweltbundesamt: Kernenergie und Reaktorsicherheit](#)

Dezentrale Versorgung

Dezentrale Energieproduktion und -versorgung erhöht die Wertschöpfung vor Ort für Kommunen, etwa durch Steuer- und Pachteinnahmen, Unternehmensgewinne und Arbeitsplätze sowie durch die Einsparung fossiler Brennstoffe. Die Energieproduktion ist dabei aber nie eine isolierte Insel. Die Idee von dezentraler Energieversorgung ist, dass die Energie dort produziert wird, wo sie auch gebraucht wird. Das ist aber insbesondere in Ballungsräumen oder bei energieintensiver Industrien nicht immer machbar. Die dezentralen Energieumwandlungsanlagen stehen unmittelbar dort, wo die Energie gebraucht wird und die Energiebereitstellung erfolgt durch verhältnismäßig mehr, dafür aber wesentlich kleinere Anlagen im Vergleich zur zentralen Energieversorgung. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an Energiemanagement, Netzbetrieb und Schutztechnik. Dezentrale Energieversorgung muss wie ein Netz funktionieren, in dem Energie intelligent verteilt wird. Hilfreich sind hierbei Smart Grids.

Smart Grids sind intelligente Stromnetze, die dazu beitragen, die Energiewende zu ermöglichen. Sie erhöhen die Versorgungssicherheit im Stromnetz. Sie können die Integration von erneuerbaren Energien und die Steuerung von dezentralen Energiequellen wie Solar- und Windkraftanlagen verbessern. Durch die Verwendung von Technologien wie Smart Metering, Lastmanagement und automatisierter Netzbetriebsführung können Smart Grids außerdem zur effizienteren Nutzung von Strom beitragen und helfen, Engpässe im Netz zu vermeiden.

[Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft: Smart Grids – Intelligente Energieversorgung für eine nachhaltige Zukunft im Land](#)

Beschleunigter Ausbau und Partizipation durch Energiegenossenschaften

Die Landesregierung hat eine Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien eingerichtet. Ziel der Task Force ist es, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Restriktionen abzubauen und die notwendigen Flächen zu sichern. Das 2-Prozent Flächenziel für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik wurde an die Bundesziele angepasst.

Weitere Maßnahmen sind/waren:

- Einrichtung der Stabsstellen Energiewende, Windenergie, Klimaschutz an den Regierungspräsidien zur Unterstützung und Steuerung der Genehmigungsbehörden sowie der Genehmigungsprozesse
- Erarbeitung eines Verfahrenleitfadens zur Vereinfachung der Genehmigungsverfahren
- Einsetzung eines Infrastruktursenats am Verwaltungsgerichtshof und Abschaffung des Widerspruchsverfahrens
- Erfolgreiche Initiative auf Bundesebene zur Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für die Windenergie
- Ausschreibung von Flächen in Staatswald für die Windenergie in drei Tranchen mit etwa 3.900 Hektar
- Situationsangepasste Weiterentwicklung der Vergabeverfahren im Staatswald
- Vorbereitung der Planungsoffensive zur Umsetzung der Flächenziele
- Anhebung der landesspezifischen Zuschlagsgrenzen Freiflächen-Photovoltaik in der Freiflächenöffnungsverordnung
- Überarbeitung der Vollzugshilfe Auerhuhn und Windenergie
- Erarbeitung eines Fachkonzept Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie

Genehmigungsverfahren werden digitalisiert. Weitere Verbesserungen im Artenschutz wie die Überarbeitung von Hinweispapieren sind geplant. Die AG Netzanschluss von Erneuerbare-Energien-Anlage erarbeitet Maßnahmen, damit der Netzanschluss beim Ausbau der Erneuerbaren Energien der nicht zum Problem wird.

Seit 2006 wurden in Baden-Württemberg über 100 Energiegenossenschaften mit rund 14.000 beteiligten Bürgerinnen und Bürgern neu gegründet. Die Vorteile einer Genossenschaft kommen insbesondere bei einer langfristigen Strategie zum Tragen. Wenn mehrere Projekte in einer Gemeinde oder einer Region umgesetzt werden, können diese alle unter dem Dach der Genossenschaft verwaltet werden – die Gründung eigener Projektgesellschaften ist nicht notwendig. So können Genossenschaften mit Solar-, Wind- oder Wasserkraft Strom erzeugen, Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen betreiben und gleichzeitig Einsparmaßnahmen finanzieren. Auch der Direktverkauf von Strom und Wärme an die Mitglieder ist möglich.

[Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft: Bürger machen Energie \(PDF\)](#)

Einwand: Landwirtschaft versus Energieproduktion



Landwirtschaftliche Gebäude oder Flächen eignen sich sehr gut für den Betrieb einer Photovoltaikanlage, da große Flächen zur Verfügung stehen. Meist können Dachflächen mehrerer Gebäude genutzt werden. Oft kommt auch die Installation einer Freiflächenanlage in Betracht. Photovoltaik bietet als erneuerbare Energiequelle zahlreiche Vorteile. Durch die Nutzung von Photovoltaik kann der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß deutlich reduziert werden, da keine fossilen Brennstoffe verbrannt werden müssen. Durch die eigene Produktion von Strom werden wir unabhängiger. Langfristig sparen wir Kosten ein. Photovoltaik-Anlagen haben im Vergleich zu anderen Energiequellen geringe Betriebskosten und benötigen kaum Wartungsarbeiten. Sie sind sie flexibel

einsetzbar. Der Ausbau von Photovoltaik wird durch staatliche Programme und Förderungen unterstützt, was den Einsatz attraktiver macht.

Auch Photovoltaik braucht Fläche. Daher kann der Freiflächen-Photovoltaik Ausbau als zusätzlicher Druck auf die ohnehin unter druckstehende Ressource Flächen wahrgenommen werden. Durch eine naturschutzfachliche Begleitung können Freiflächensolaranlagen aber sogar einen Mehrwert für den Naturschutz bringen. Auch eine Doppelnutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion ist möglich. Oder dadurch, dass vorzugsweise Flächen für die Photovoltaik genutzt werden, die für Landwirtschaft oder Naturschutz nur von begrenztem Wert sind. In diesem Sinne wurde mit der Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetzes 2021 das Ausschreibungssegment der „Besonderen Solaranlagen“ eingeführt. Mit dem sogenannten „Osterpaket“ wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz 2022 novelliert. Agri-Photovoltaik wird gefördert, wenn Anlagen auf Flächen stehen,

- auf denen gleichzeitig Nutzpflanzen angebaut (Acker-Agri-Photovoltaik),
- auf denen gleichzeitig Dauerkulturen oder mehrjährigen Kulturen angebaut (Kulturen-Agri-Photovoltaik) und
- die als Dauergrünland genutzt werden.

Die Flächen dürfen weder als Moorboden, noch als Naturschutzgebiet oder als Nationalpark festgesetzt sein. Dauergrünland darf nur genutzt werden, wenn die Fläche nicht in einem Natura 2000-Gebiet liegt.

[Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft: Handlungsleitfaden „Freiflächensolaranlagen“ \(PDF\)](#)

[Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen: Handlungsleitfaden „Artenschutz in der Bauleitplanung und bei Bauvorhaben“ \(PDF\)](#)

[Landtag von Baden-Württemberg: Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft „Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik und Windkraft auf landwirtschaftlichem Grund in Baden-Württemberg“ \(PDF\)](#)

[Landtag von Baden-Württemberg: Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft „Ausbau und Entwicklung der Freiflächen-Photovoltaik im Land“ \(PDF\)](#)

[Becker Büttner Held Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater: Agri-Photovoltaik im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023](#)

Einwand: „Erneuerbare sind gefährlich“



In einigen Beiträgen wird behauptet, Anlage von erneuerbaren Energien hätten gravierende Effekte auf ihre Umgebung und das Mikroklima. So hätten Photovoltaik-Anlagen einen wärmenden Effekt auf die Umgebung. Windräder würden die Landschaft austrocknen oder gar den Wind versiegen lassen.

Der Wärmeeffekt durch Photovoltaik -Anlagen hat keinen maßgeblichen Einfluss auf die unmittelbare Umgebung. Photovoltaik-Anlagen wirken sich nicht negativ auf das Mikroklima aus. Ihre Auswirkung ist

vergleichbar mit jeder anderen Bebauung.

Eine Austrocknung der Landschaft in der Nähe von Windparks ist ebenfalls nicht zu erwarten. Im Bereich der nachlaufenden Strömung bei großen Windparks kommt es laut Studien nachts zu einer leichten Temperaturerhöhung in Bodennähe. Grund ist, dass sich bodennahe kalte Luftschichten mit bodenfernen wärmeren Luftschichten durchmischen können. Die Temperatur erhöht sich aber nur sehr gering und liegt deutlich unter ein Grad Celsius. Es sind keine Maßnahmen von Windpark-Investoren oder gesetzliche Regelungen in diesen Bereichen erforderlich, da es keine Auswirkungen gibt.

Die Befürchtung, dass Windkraftanlagen den Wind versiegen ließen, sind unbegründet. Windenergieanlagen entziehen der atmosphärischen Strömung Energie, um diese in elektrische Energie umzuwandeln. Dies führt zu einer lokalen Reduktion der Windgeschwindigkeiten und Turbulenzen. Diese Effekte sind jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Verglichen mit der Gesamtenergie in den troposphärischen Strömungen ist der entzogene Anteil sehr gering. Ein großräumiger Effekt mit Beeinflussungen des Windaufkommens ist daher nicht zu befürchten. Die Dichte an Windkraftanlagen, die wir anstreben, würde nie ausreichen, den Wind „zu stoppen“.

[Landtag von Baden-Württemberg: Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft „Wärmeeffekt von erneuerbaren Energieanlagen“ \(PDF\)](#)

Link dieser Seite:

<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/planungsoffensive-windkraft-und-photovoltaik/stellungnahme>